

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Buchdruckerei Dresden.
Verleger: Carl Neubauer
Kurs für Stadtgebiete: 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 30,- M., vierteljährlich 90,- M.
Die 10paltige Karte zum Briefe 7,- M., außerhalb Sachsens 8,- M. Familien- bezugsgebühren: In Dresden und Provinz monatlich 1,50 M., 10paltige Karte und Beleghe bis 3,- M. Bezugsgebühren aus dem Ausland: Einzelhefte 1,- M., 10paltige Karte 2,- M.

Schriftleitung und Hauptverlag: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm 1068 Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Stadtdruck nur mit deutlicher Unterschrift („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

233 Milliarden Anleihebedarf des Reichs.

Die neuen Zahlen des Reichshaushalts.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Juni. Der Entwurf des Reichshaushalts für 1922 hat im Reichstag erhebliche Änderungen erfahren. Der Abschluss für 1922 stellt sich nunmehr für die allgemeine Reichsverwaltung so, daß sich beim ordentlichen Haushalt ein Ueberschuß von 16,5 Milliarden, beim außerordentlichen Haushalt aber ein ungedeckter und auf Anleihe zu übernehmender Ausgabebedarf von 2 480 596 569 Mf. ergibt. Die Betriebsverwaltungen erfordern einen Anleihebedarf von 19 220 818 750 Mf. Für die Ausführung des Friedensvertrags ist ein Zuschuß und Anleihebedarf von 200 000 739 410 Mf. erforderlich. Auf Anleihe sind danach im ganzen zu übernehmen 233 821 154 729 Mf.

Die Beamtengehälter im Reichskabinett.

Berlin, 22. Juni. Das Reichskabinett bewilligte gestern nachmittag in einer Sitzung die neue Beamtenbesoldungsvorlage, die eine 10prozentige Erhöhung der verhältnismäßigen Teuerungszuschläge vorsieht. Ferner wurde für die Beamten der Reichsverwaltung eine besondere Ministerzulage beschlossen. Auf diese Weise will man die besten Beamten in die Ministerien ziehen und den Andrang zu den Ministerialstellen vergrößern. Die Ministerialzulagen sollen bei den Amtsgehilfen jährlich 8000 Mf., bei den obersten Stufen von den Ministerialräten an 12 000 Mf. betragen. Die Rinderzulage der Beamten soll um 40 Prozent erhöht werden. Ferner wurde in der gestrigen Kabinettsitzung die Frage der Wahl des Reichspräsidenten angesprochen. Der Reichspräsident erklärte, er werde mit den Führern der Sozialistenspaltung voraussichtlich in den nächsten Tagen, auf jeden Fall doch noch vor Eintritt der Parlamentsferien, über die Frage in Erfahrung treten.

Die Ausschussberatungen über die Zwangsanleihe.

Begrenzung auf 60 Milliarden Papiermark.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Juni. Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde der deutsch-nationale Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe abgelehnt. Ausführlich wurde darüber gesprochen, ob der Vertrag, den die Zwangsanleihe erbringen soll, als Gegenwert von einer Goldmark anleihen sei oder in einem entsprechenden schon jetzt bestimmten Betrage Papiermark. Abg. Dr. Helfferich verwarf darauf, daß es in den deutschen Verträgen den Begriff Goldmark nicht gegeben habe. Unter gleichbedeutenden Zahlungsmittel sei die Mark und als Mark gelte im Kurrentverfehr die Papiermark. — Abg. Dr. Deubner (Dem.) wies auf die verheerenden Folgen hin, die eine Romantierung der Zwangsanleihe in Goldmark hätte. Da-

durch würden die Anleihezeichner genötigt sein, fremde Devisen zu kaufen, was einen neuerlichen Marksturz zur Folge hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes meinte, daß es nicht erforderlich sei, den Betrag der Zwangsanleihe im Gesetzentwurf zahlenmäßig zu begrenzen, da eine solche Begrenzung bereits im Geich über Änderungen im Finanzwesen stehe. Abg. Dr. Becker-Hefen (D. Vp.) beantragte, die Höhe der Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark zu begrenzen. — Abg. Goldmann (Unabh. Soz.) hielt es für falsch, die Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark zu limitieren, da die Bewertung der Mark ständig schwankt. — Abg. Dr. Helfferich: Man dürfe es sich doch nicht verhehlen, daß es sich bei der Zwangsanleihe um keine Anleihe, sondern um eine verdeckte Steuer handle. Es blieben also nur zwei der Berechtigten entsprechende Ausnahme: Entweder nehme man aus dieser verdeckten Steuer, was herauskomme, oder man limitiere den Betrag in wirklichen Zahlungsmitteln, aber unmöglich könne man doch zu der Ungewißheit über den deutschen Vermögensstand und zu der Ungewißheit über die Bewertungsgründe der vorhandenen Vermögenswerte auch noch die Ungewißheit über die Valuta hinzufügen. Man treibe ja dann das Volk zwangsläufig in die Devisenpekulation hinein.

Abg. Goldmann und Meyer (U. S.) beantragten, daß in dem Gesetzentwurf folgende Bestimmungen eingefügt werden: Neben den Einnahmen aus der Zwangsanleihe unter einem Betrag, der einen Gegenwert für eine Milliarde Goldmark bei Abschluß der Zeichnungen darstellt, so sind nach Zeichnung im Verhältnis der geleisteten Zeichnungen auf die Zeichnungspflichtigen anzulegen. Im entgegengekehrten Falle ist der überschüssige Betrag zur Einlösung von verzinslichen Anleihen zu verwenden. Der endgültig zu zeichnende Anleihebetrag des Pflichtigen wird nach dem Stande vom 1. November 1922 in Goldmark festgesetzt. Finanzminister Dr. Hermes erklärte, daß er starke Bedenken habe, für die Errechnung der Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark einen in der Zukunft liegenden Zeitpunkt zugrunde zu legen, weil dadurch die Devisenpekulation geradezu geiztet werden würde. Dagegen könne er sich mit der Festlegung eines bestimmten Papiermarkbetrages einverstanden erklären. Wenn dann aber über diesen Betrag eingegangene Beträge erlattet werden sollten, müßte bei Eingang eines geringeren Betrages eine Nacherhebung erfolgen.

In der Abstimmung wurde der Antrag Becker-Hefen (Volksp.) angenommen, der das Ergebnis der Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark festsetzt. Ein Antrag Goldmann (Soz.), die Zwangsanleihe auf 75 Milliarden Papiermark zu limitieren, fand nur die Unterstützung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen und wurde abgelehnt. Für den Antrag Becker-Hefen stimmten die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen.

Die verkehrte französische Politik.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 21. Juni. Auf Grund der ungünstigen amtlichen Berichte über den Bevölkerungszuwachs in Frankreich kommt das Blatt „La Bourne“ zu folgenden Betrachtungen über die verkehrte französische Politik der Gegenwart: Die Lebenskraft des französischen Volkes nimmt in erschreckendem Maße ab. Die Ursachen sind die übertriebene Genußsucht aller Bevölkerungsschichten, durch die auch das Zweikindersystem noch als eine Last empfunden wird. Die französische Regierung führt trotz dieser Tatsachen noch eine Politik, wie sie nur ein hartes Ziegeltier erdenken könnte. Im Gegensatz zu Frankreich entwickeln sich die Dinge in Deutschland im entgegengekehrten Sinne, was für die französische Politik bescheidend zu sein scheint. Die Unternehmer zeigen in Deutschland einen Arbeitswillen, der sich nicht in Frankreich finden läßt. Deutschlands Industrie will Ruhland allein aufrichten und Männer wie Siemens, die Frankreich vermisst, schaffen Möglichkeiten, mit denen bisher kaum gerechnet wurde. Frankreichs politische Macht basiert auf einer geschwächten Volkskraft, während in Deutschland die Volkskraft aufstrebend wächst und für Frankreich einmal gefährlich wird.

Der Lauf der Besetzungsrufen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 21. Juni. Wie der „Gclair“ mitteilt, kam in der heutigen Sitzung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Senat die Frage zur Besprechung, ob tatsächlich, wie Briand behauptet hatte, die französische Regierung sich mit der englischen Regierung dahin geeinigt habe, daß die Frist für die Besetzung des linken Rheinufers noch nicht zu laufen begonnen habe. Poincaré erklärte, daß er hieron nichts wisse. In der Kommission wurde festgestellt, daß ein Sachverständigenbericht vom Jahre 1921 vorliegt, in dem gesagt wird, daß die Verschiebung des Anlauftermins für die Besetzungsrufen auf ein späteres Datum als eine der möglichen Sanktionen vorgezogen sei. Der Oberste Rat hatte jedoch keine Entscheidung über diesen Punkt getroffen. Die Sanktionen, die in jenem Bericht vorgezogen waren, bezogen sich überhaupt nur auf den Fall, daß Deutschland nicht abrüstet wolle. Die Alliierten haben aber seit jener Zeit anerkannt, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Die Rufen laufen selbstverständlich vom Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrags an. Jede andere Behauptung ist unzulässig.
Paris, 22. Juni. Ueber die Sitzung der Senatskommission wird noch berichtet, daß nach einer Mitteilung Poincarés auch die englische Regierung entschlossen ist, keine Besetzung des linken Rheinufers ins Auge zu fassen, vielmehr Kontrollmaßnahmen

von Deutschland zu fordern. Senator Albert hat angekündigt, daß er die Regierung über ihre Reparationspolitik interpellieren werde. (S. T. S.)

Lake Jonecu †.

Rom, 21. Juni. Lake Jonecu ist heute morgen infolge eines Anfalles von Brustbräune gestorben. (S. T. S.)

Lake Jonecu hat in der rumänischen Kriegs- und Nachkriegspolitik eine sehr verhängnisvolle Rolle gespielt, da er einer der schlimmsten Kriegsgewinnler war, die Rumänien von der Seite ihrer Bundesgenossen weg in die Arme der Entente geführt haben. Die Zeit nach dem Friedensschluß mit Deutschland und Oesterreich und die dann erfolgte Aufhebung seiner Umtriebe hat ihn als einen der abgeleiteten Geschäftspolitiker und als einen „zweifelhaften Erbherrn“ — wie ihn Staatssekretär v. Ribbentrop-Woogher sehr schonend nannte — entlarvt. Der Sturm der deutsch-fremdlichen Elemente in Rumänien verdrängte ihn bis zur Erhebung der Anklage gegen den „Verderber Rumaniens“, der daraufhin außer Landes ging, um erst nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte wieder zurückzukehren. Die Welle der Entente-fremdlichkeit nach dem Verfall der Entente trug ihn dann wieder an die Spitze der Regierung, bis er in den letzten rumänischen Wahlen seinem liberalen Gegner und einstigen Kompagnon in der rumänischen Kriegspolitik erlag.

Die Flaggenfrage in Oberschlesien.

Paris, 22. Juni. Nach ober-schlesischen Blättern bereitet in den Teilen Oberschlesiens, die jetzt von interalliierten Besetzung befreit werden, die Frage der Flaggenhissen einige Verlegenheiten. Die einziehenden Truppen hatten gewünscht, unter der schwarz-weiß-roten Fahne einmarschieren zu dürfen, was ihnen jedoch verweigert wurde. Die schwarz-rot-goldene Fahne fand wieder bei ihnen keine Gegenliebe, so daß man sich schließlich für die schwarz-weiße preussische Fahne entschieden haben soll. Achtlich liegt es mit der Beflaggung der öffentlichen Gebäude, wie der industriellen Werke. Den Behörden sind angeblich von Berlin aus noch keine neuen Flaggen geliefert worden, obwohl sie rechtzeitig darum ersuchten. Infolgedessen zeigen die Gebäude der Eisenbahn, obwohl diese Reichsinstitut ist, die preussische Fahne.

Ausschüsse für die Verhandlungen mit dem Garantienkomitee.

Berlin, 22. Juni. Bei den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee, die gestern nachmittags begonnen haben, wurden vier Ausschüsse gebildet, und zwar ein Ausschuß für Einnahmen und Ausgaben, ein zweiter für die Frage der Rente, ein dritter für das Problem der schwebenden Schuld und ein vierter für Statistik.

Sozialdemokratie und Vaterländisches.

Von Oberst a. D. W. Richter.
Am 1. August 1914 rief Deutschland seine wehrhaften Männer unter die Fahnen der alten ruhmvollen Armee. Das geeinte deutsche Volk verlangte Schutz und Schirm von ihnen in dem von den Feinden irrevokabel heraufbeschworenen Kriege. Zur Ehre des deutschen Volkes sei es immer wieder gesagt, daß, abgesehen von einer verschwindenden Zahl, alle dem Rufe folgten. Sie trübten herbei, die Männer aus den Kammern, den Geschäftszimmern, den Fabriken, den Werkstätten, aus den Höfen und Häusern der Dörfer und Städte. Niemand wollte zurückbleiben. Kein Zwang war nötig. Es wäre den Trüdebergern auch schlecht bekommen. Kein Beruf, ob Bürger oder Bauer, ob Arbeiter oder Unternehmer, hätte sich die Schande gefallen lassen. Es gab keine Parteien mehr, sondern nur ein Volk, ein deutsches, ein geeintes deutsches Volk, das zu den höchsten Opfern bereit war und sie von jedem einzelnen forderte. Alle Parteien stellten sich in den Dienst der gemeinsamen heiligen Sache, die deutsche Erde vor dem Einfall der von West und Ost herandrängenden Feinde zu schützen und ihre Vernichtungspläne gegen Deutschland aufzuheben zu machen. Unendliche Freude erfüllte uns alle, die wir niemals anders als national gedacht hatten, als auch die Sozialdemokratie sich in der Stunde der Gefahr offen und rüchellos zum Vaterlandsgedanken bekannte und es ihren Anhängern zur Pflicht machte, ihren Pflichten als deutsche Soldaten zu genügen. Man lese die sozialdemokratischen Blätter aus jener Zeit, man erinnere sich der Reden der sozialistischen Führer aus jenen Tagen und auch aus den ersten Kriegsjahren, ob sie ein Wort von ihnen gefallen ist, das sich in etwas von den Ansichten über den Krieg und die Kriegsnötwendigkeiten scheidet, den das jetzt als militärisch und kriegswichtig verklärte Bürgerium brauchte. Man nehme z. B. die „Gemeiner Volksstimme“ und die „Dresdner Volkszeitung“, den „Vorwärts“ um zur Hand, die sich nun nicht genug mit ihrer kriegsgegenwärtigen Haltung brüsten, und suche, ob einer ihrer Artikel selbst aus der späteren Kriegszeit einen anderen Geist atmet, als den des unbedingten Kampfes und Durchhaltens bis zum Niederbruch des feindlichen Kriegswillens. Gewiß anderte sich das Verhalten der Sozialdemokratie in den allerersten Monaten des Krieges, als seine Abenddämmerung hereinbrach und sie das Ende kommen sah. Da erschraf sie vor ihrem blühenden Tun, und sie fürchtete, daß ihr bei einem ungünstigen Ausgange aus ihrem vaterländischen Verhalten in den Reihen ihrer Anhänger ein Strich abgebrochen werden könne, daß ihre Konkurrenz von weiter links den Vorteil haben würde. Sie fing an, sich zu isolieren. Aus einem Paulus wurde ein Saulus. Und als der Krieg zu Ende war, da wusch sie ihre Hände in Unschuld und schob alle Schuld am Kriege wie an seiner langen Dauer den bürgerlichen Militaristen und Chauvinisten zu. Frisch, frei und unerschrocken behauptet sie, sie sei immer Gegner des Krieges gewesen und sei höchstens dem Zwange der Pressezensur gefolgt, wenn sie anders schrieb, als sie dachte. Um das Mandat nicht als zu plump erscheinen zu lassen, entschuldigt sie sich auch damit, daß sie am Anfang von der Verantwortlichkeit der deutschen Sache überzeugt war und auf den Kriegsummel hineingefallen sei. Nachdem sie erkannt habe, daß alles Schwindel gewesen wäre, daß die alte Regierung, die Militaristen und Kapitalisten den Krieg gewollt und ihn verbrecherisch in die Länge gezogen hätten, sei sie gebelirt. Nun verdammt sie den Krieg nach allen Regeln der Kunst und wäscht ihre Hände in Unschuld. Eh, ihr Scheuchler und Pharisäer! Alles ist unwahr. Zum mindesten müßte auch der Prozeß Eisner-Rechenbach die Augen darüber geöffnet haben, daß eure ursprüngliche Ansicht über die deutsche Schuldlosigkeit am Kriege richtig und euer Eintreten für unseren Sieg deshalb ebenfalls richtig war. Und daß ihr somit mit eurer Mohnreue, die ihr an euren Körper vornehm, völlig deplaziert handelt. Ihr seid so wie wir anderen. Ihr habt euch tatsächlich für unser überfallenes Vaterland eingesetzt und bräutet euch dessen nicht zu schämen. Ihr solltet es auch nicht tun, denn ihr handelt damit wider den Geist eures Altmehlers Bebel, der wiederholt im Reichstage ansprach: „Ich verabschiede den Krieg aus tiefer Seele. Sollte aber Deutschland einmal überfallen werden, dann werden die Sozialdemokraten ihre Pflicht genau so tun, wie jeder andere. Und ich werde der Erste sein, der das Gewehr schallert und mitmarschiert.“

Velber ist eine Entehr der Sozialdemokratie nicht zu erhoffen. Sie glaubt, ihre Parteinuppe am besten mit den Scheiten tochen zu können, die aus der Sache gegen den Krieg und gegen jede nationale Regung zusammengeknüpft sind. Selbst das Andenken ihrer im Kriege gefallenen Mitkämpfer wird dieser Parteilichkeit geopfert. In der Dresdner Stadtverordnetenversammlung am 15. Juni 1922 wurde der Antrag des Stadteils Venben, die Aufstellung eines Ehrenmals auf dem Marktplatz zu genehmigen, von den Stadtverordneten sämtlicher sozialistischen Gruppen abgelehnt. Ausschlaggebend war die Stimme des neuen Stadtverordnetenvorsitzers Wirth, eines Reichweilsozialdemokraten. So ehren deutsche Männer und Frauen ihre im Kriege gefallenen Brüder. Es wird ihnen unvergeben bleiben. Und wie sich die sozialistische Partei — es befeht Gott sei dank ein großer Unterschied zwischen ihr und ihren Mitläufern — in diesem Falle benimmt, so überall, wo der Vaterlandsgedanke geerdert werden soll. Neuerdings richten sich die heftigsten Angriffe gegen die Regimenter und die Regimentsstämme. Es sollen das reaktionäre, nationalistische, militaristische Bewegungen und Veranlassungen sein, die unter der Leitung der ehemaligen Blut- und Stuch beladenen Offiziere, von denen bekanntlich rund die Hälfte im Kriege gefallen und mehr als 90 Proz. verwundet wurden, den Umsturz vorbereiten und aus purer Wurdlnuß und Blutgier einen neuen Krieg planen. Die Leute, die das behaupten, wissen genau, daß sie die Unwahrheit sagen, und daß die Regimentsvereine und ihre Veranlassungen nichts anderes beweisen, als den alten Kriegskameraden Gelegenheit zu geben, sich im Rahmen der Disziplin der großen Kriegskameraden zu erlernen und ihre gefallenen Brüder und Freunde zu ehren. Ich darf aus eigener Erfahrung und mit